Deutscher Bundestag **Drucksache 16/9071**

16. Wahlperiode 07. 05. 2008

Antrag

der Abgeordneten Winfried Hermann, Bettina Herlitzius, Peter Hettlich, Dr. Anton Hofreiter, Cornelia Behm, Hans-Josef Fell, Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zukunft des Schienenverkehrs sichern

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass ein Börsengang der Deutschen Bahn AG (DB AG) und seine Art und Weise erheblichen Einfluss auf die Zukunft des Schienenverkehrs sowohl im Bereich des Güterverkehrs als auch des Personenfern- und -nahverkehrs in Deutschland und besonders auch als Transitland haben.
2. Der Deutsche Bundestag fordert, dass die ursprünglichen Ziele der nun anstehenden dritten Stufe der Bahnreform keinen unwirksamen Kompromissen zum Opfer fallen: Ziel einer Bahnreform ist die Stärkung des Schienenverkehrs in Deutschland zum Wohle der Fahrgäste und der auf einen effizienten Güterverkehr angewiesenen Wirtschaft.
3. Der Deutsche Bundestag sieht daher in einer Trennung von Netz und Verkehr die Voraussetzung für echten Wettbewerb zwischen Bahnen, weil nur so ein diskriminierungsfreier Zugang zum Schienennetz möglich ist. Das derzeit angestrebte Holdingmodell – wie auch im Gesetzentwurf aus dem Jahr 2007 – hat einen grundsätzlichen Fehler: Es enthält keine echte eigentumsrechtliche Trennung von Netz und Verkehr.
4. Der Deutsche Bundestag setzt sich dafür ein, dass das Eigentum an der Infrastruktur beim Bund bleibt. Hierzu soll eine eigenständige Schieneninfrastrukturgesellschaft gegründet werden. Ferner sind bei den Verkehrsgesellschaften Mindeststandards auch für den Fernverkehr festzulegen, die beispielsweise durch gemeinsame Ausschreibung von stark und schwach frequentierten Fernverkehrsstrecken gewährleisten, dass auch mittelgroße Städte wie Marburg, Jena oder Greifswald an den Fernverkehr angeschlossen bleiben.
5. Der Deutsche Bundestag unterstützt den Beschluss der Verkehrsministerkonferenz vom 17. April 2008 zur „Privatisierung der DB AG“ in ihrem Bemühen, die wichtigen verkehrspolitischen Ziele – Stärkung des Schienenverkehrs insgesamt, Schaffung von fairem Wettbewerb, bessere Angebote für Fahrgäste sowie für Güter versendende Unternehmen – umzusetzen.

6. Aufgrund seiner Allgemeinwohlverpflichtung für die Schieneninfrastruktur muss der Bund im Rahmen der geplanten Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung die Qualität und Kapazität strecken- und regionalnetzspezifisch sicherstellen. Für den Betrieb der Regionalnetze sollen die Länder nach Subsidiaritäts- und Effizienzkriterien ein Zugriffsrecht erhalten.

Berlin, den 7. Mai 2008

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333